



Deutschland: Reallöhne wieder auf Vorkrisenniveau

Hohe Inflation führt häufig zu Reallohnverlusten. Dies war in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland zu beobachten. Inzwischen liegen die preisbereinigten Löhne wieder auf dem Vorkrisenniveau von 2019. Für 2026 erwarten wir ein Nominallohnwachstum von etwa 3 %. In realer Rechnung wird davon kaum etwas übrigbleiben, denn die Inflationsrate dürfte im Jahresdurchschnitt bei 2,7 % liegen.



Simon Azarbayjani
Konjunktur Deutschland
und Eurozone
T 069/91 32-79 76

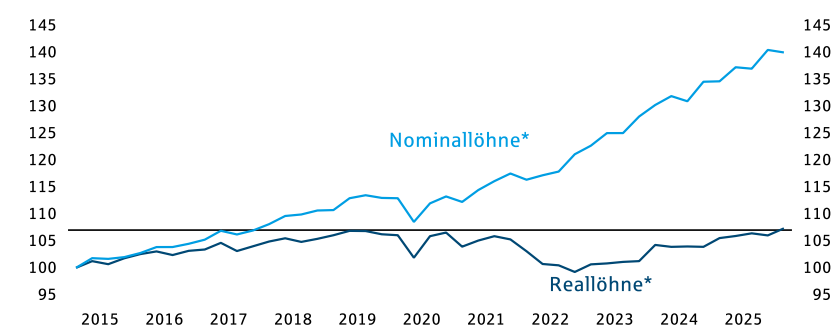
Da die meisten Deutschen nicht auf einem großen Vermögen sitzen, das sie für ihre Ausgaben verwenden können, sondern arbeiten müssen, um ihren Lebensstandard zu finanzieren, ist das **Lohnniveau einer der wichtigsten Indikatoren für den Wohlstand**. Genau genommen müssen die Reallöhne betrachtet werden, die die Veränderungen des Preisniveaus berücksichtigen.

In Zeiten niedriger Inflation übersteigen die nominalen Lohnerhöhungen in der Regel die Teuerungsrate, sodass auch die preisbereinigten Löhne wachsen und den Lebensstandard der Beschäftigten verbessern. In Zeiten **hoher Inflation** ist es jedoch meistens so, dass die Löhne erst verzögert auf das neue Preisniveau reagieren. Denn die Tarifrunden finden zu geregelten Terminen statt und die Inflation sorgt auch dafür, dass sich die Lage in einigen Unternehmen verschlechtert. Daher sinken die Reallöhne zunächst bei erhöhter Inflation. Mit Verzögerung werden diese Verluste dann zwar meist wieder ausgeglichen. Dennoch bedeutet dies für die Beschäftigten, dass einige Zeit vergeht, in denen ihre Reallöhne nicht zunehmen und ihr Wohlstand ebenso wenig.

Diese Entwicklung war **in den vergangenen fünf Jahren zu beobachten**. Die deutsche Preissteigerungsrate begann Ende 2021 signifikant zu steigen und infolgedessen nahmen die Reallöhne ab. Die nominalen Löhne stiegen weiter. Das bedeutet, dass die Beschäftigten zwar monatlich einen höheren Betrag überwiesen bekamen, sich davon aber weniger leisten konnten. Dieser Reallohnverlust wurde erst jüngst vollständig ausgeglichen, denn die Reallöhne sind im letzten Jahr erneut gestiegen – um 1,8 % (nominal: 4,1 %).

Reallohnverluste der letzten Jahre wieder ausgeglichen

Saisonbereinigt, Index: Q1 2015 = 100



*inkl. Sonderzahlungen
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Diese Entwicklung hat mit dazu beigetragen, dass die deutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren **kein Wachstum** verzeichnete. Denn wenn die Beschäftigten eine geringere Kaufkraft haben, kann nicht erwartet werden, dass sie mehr konsumieren. Die privaten Konsumausgaben machen gut die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus. Wenn diese wichtige Komponente nicht wächst, ist eine positive BIP-Wachstumsrate also weniger wahrscheinlich.

Lohnerhöhungen durch Produktivitätssteigerungen

Höhere Nominallöhne werden vor allem von zwei Faktoren beeinflusst: Inflation (die die Nominallöhne entwertet) und Produktivitätssteigerungen. Höhere Reallöhne müssen durch eine verbesserte Produktivität begründet werden. Die Produktivität ist definiert als Output pro Input. Bezogen auf die **Arbeitsproduktivität** heißt das: Produktionsmenge geteilt durch die absolvierten Arbeitsstunden. Auf makroökonomischer Ebene wird zur Berechnung der

Produktivität das BIP durch die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden geteilt.



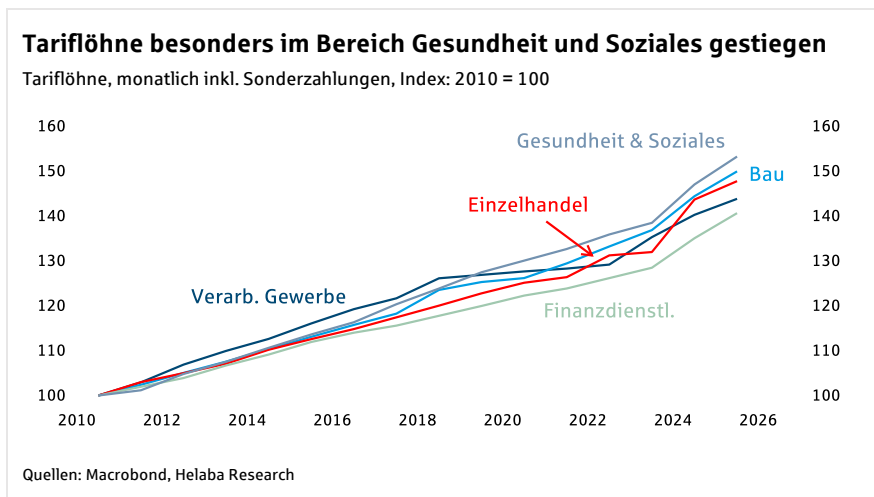
Wenn die Arbeitnehmer pro Arbeitsstunde mehr Leistung erbringen – also produktiver sind – können die Arbeitgeber höhere Löhne zahlen, ohne wirtschaftlich schlechter gestellt zu sein. **Produktivitätswachstum** kann also als **notwendige Bedingung für höhere Reallöhne** gesehen werden.

In den letzten 15 Jahren entwickelten sich die **Reallöhne und die Produktivität** zunächst etwa **im Gleichlauf**. Mit dem Beginn der Corona-Krise und der darauffolgenden Inflationswelle entkoppelten sich die beiden Zeitreihen. Mittlerweile haben sich die Reallöhne jedoch wieder normalisiert (siehe Chart).

Abweichende Lohnentwicklungen nach Sektor

Die Tariflöhne¹ legten in den letzten 15 Jahren um 48 % zu. Im Bereich „**Gesundheit & Soziales**“ war ein überdurchschnittlich hohes Lohnwachstum zu beobachten. Dies passt zur in einer alternden Gesellschaft zunehmenden Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen. Die Tariflöhne stiegen hier im Zeitraum von 2010 bis 2025 um insgesamt 53 % (im Durchschnitt jährlich 2,9 %). Ebenfalls überdurchschnittlich entwickelten sich die tariflichen Gehälter im **Bau-gewerbe**, zu dem auch das Handwerk zählt. Die Tariflöhne stiegen hier um 50 % (etwa 2,75 % jährliche Wachstumsrate).

Im **Einzelhandel** lag der Anstieg bei durchschnittlichen 48 % (2,65 % jährlich), wobei hier vor allem seit 2023 die Löhne kräftig zunahm. Vor allem in diesem Sektor profitierte die Lohnentwicklung von der zuletzt kräftigen Erhöhung des Mindestlohns.



Dagegen wurden die Löhne im **Verarbeitenden Gewerbe** (44 % bzw. 2,45 % jährliche Wachstumsrate) und bei den **Finanzdienstleistern** (41 % bzw. 2,3 % jährliche Wachstumsrate) nur unterdurchschnittlich stark erhöht. Jedoch ist zu beachten, dass sich die Gehälter hier zwar schwächer entwickelt haben, aber absolut betrachtet weiterhin auf einem höheren Niveau liegen. Die Bereiche „Gesundheit & Soziales“, Bau und Einzelhandel haben also lediglich „aufgeholt“.

¹Nicht-preisbereinigt

Die **Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum** um insgesamt 38 %, was einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2,2 % entspricht. Damit haben im Betrachtungszeitraum die Beschäftigten in allen genannten Sektoren ein preisbereinigtes Lohnwachstum erzielen können, wenngleich dieses deutlich niedriger ausfällt als die Tarifloohnerhöhungen.

Kaum Wachstum der Reallöhne 2026

Im ersten Quartal 2026 lagen die Nominallöhne 4,1 % über dem Vorjahresniveau. Da die Löhne **in Reaktion auf die hohen Inflationsraten** in den letzten Jahren kräftig gestiegen sind, dürfte die Dynamik der Lohnerhöhungen im Jahresverlauf an Dynamik verlieren. **Für 2026 insgesamt erwarten wir ein Nominallohnwachstum von etwa 3 %. In realer Betrachtung dürfte davon kaum etwas übrigbleiben**, denn die Preissteigerungsrate dürfte im Jahresdurchschnitt bei 2,7 % liegen.

Die erhöhte Inflation resultiert vor allem aus dem Energiepreisschock infolge des Irankriegs. Nachdem Donald Trump und der iranische Präsident Massud Peseschkian das sogenannte „Memorandum of Understanding“, also eine Absichtserklärung zur Beendigung des Irankriegs, unterzeichnet haben, hat sich der Ölpreis zunächst unter dem Niveau von 80 US-Dollar pro Barrel stabilisiert. Doch selbst wenn es jetzt zu einem Kriegsende und einer nachhaltigen Öffnung der Straße von Hormus kommen sollte, bleibt die Teuerung bis Ende des Jahres voraussichtlich über dem Zielwert der EZB von 2 %. Denn die höheren Energiepreise und die dadurch gestiegenen Transport- und Produktionskosten führen mit Verzögerung zu weiteren Preissteigerungen.

Für die Beschäftigten wird durch die erhöhte Preissteigerung ein **Großteil der Lohnerhöhungen „weginflatiert“**. Für die deutsche Volkswirtschaft heißt das, dass 2026 kaum ein Wachstumsimpuls von den privaten Konsumausgaben kommen wird. Denn diese dürften lediglich um etwa 0,5 % zunehmen. Unsere Prognose für das deutsche BIP-Wachstum liegt bei 0,6 % gg. Vj. (preis- und kalenderbereinigt). Für 2027 erwarten wir ein BIP-Wachstum von 1,2 %. Dann dürften nämlich auch die privaten Konsumausgaben mit etwa 1 % wieder kräftiger zulegen.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud Rosa Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 - 2024

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.